Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 33 (1954)
Heft: 3

Rubrik: Tatsachen + Dokumente

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Außenpolitik der Sozialistischen Praja-Partei Indiens

Die Sozialistische Praja-Partei Indiens, Mitglied der Sozialistischen Internationale, hat Ende Dezember 1953 ihren Parteitag abgehalten und die nachstehende Resolution zur internationalen Lage und zur Politik der Partei beschlossen.

Der Parteitag der Sozialistischen Praja-Partei bekundet seine entschiedene Opposition gegen das internationale Kastensystem, welches die Grundlage der Organisation der Vereinten Nationen bildet, sowie gegen die Politik der Einflußsphären, der dauernden internationalen Spannung und des Kalten und Heißen Krieges in seinen verschiedenen Abstufungen.

Der Parteitag ist bestürzt über die Vulgarisierung des Wortes «Frieden», welches heute – je nachdem – ganz verschiedenes bedeutet: für die Russen die Anerkennung der neuen vorgeschobenen Grenzen des Kommunismus und des verbreiterten Spielraums für dessen weitere Ausdehnung; für das müde, erschöpfte Großbritannien die Erhaltung des unsicheren Status quo; für die Vereinigten Staaten die Zurückdrängung der russischen Einflußsphäre.

Der Parteitag ist der Ansicht, daß auf einer solchen Grundlage Friedensverhandlungen bestenfalls zu einer Neusetzung der Einflußsphären und zu einer vorübergehenden Schlichtung zwischen den rivalisierenden Blöcken führen könnten. Auf keinen Fall aber könnte das Wort «Frieden» bedeuten: Freiheit für alle Völker und Nationen; Schaffung einer Weltbehörde, welche allein imstande wäre, der Beherrschung der Welt durch die fünf Großmächte ein Ende zu machen, und schließlich planvolle und rationelle Ausnützung der Hilfsquellen der Welt, zur Ausmerzung von Armut und Entwürdigung aus dem Leben von zwei Dritteln des Menschengeschlechtes.

Der Parteitag bedauert, daß Indien und andere freie Nationen Asiens darauf verzichtet haben, einen neuen Weg zu suchen, sondern dazu neigen, die Erlangung des Friedens mit dem zweifelhaften Ziel der Erhaltung des bestehenden labilen Gleichgewichtes gleichzusetzen. Der Parteitag betrachtet mit Besorgnis die Tendenz der asiatischen Staaten, der falschen Grundlage der UNO-Charter (dauernder Sitz der Fünf Großen im Sicherheitsrat, Veto und alles übrige) zuzustimmen; er bedauert ferner, daß die Forderung nach einem Zusammentreffen der Großen Vier oder Fünf zur Lösung der Weltprobleme so oft einen Widerhall in den Hauptstädten Asiens findet. Der Parteitag fürchtet, daß die Beherrschung der internationalen Politik durch die Großmächte und die Tatsache, daß diese sich alle Initiative anmaßen und sogar versuchen, das Schicksal der Menschheit zu entscheiden, die

schwersten Konsequenzen nach sich ziehen und letzten Endes zum Kriege führen werden.

Der Parteitag bedauert die Politik der indischen Regierung, welche das Großmächtesystem anerkennt und auf der Zusammenarbeit mit Großbritannien basiert; die indische Regierung läßt dabei die Tatsache außer acht, daß Großbritannien, trotz der Liquidierung der britischen Herrschaft in großen Teilen Asiens, in dem riesigen afrikanischen Erdteil nach wie vor die größte Kolonialmacht darstellt und daß es, mit Hilfe von Abwehrbündnissen und Abmachungen mit den freien Ländern Südasiens sowie durch das Netzwerk der Beziehungen des Sterlingblocks, faktisch auch jetzt die Kontrolle über die wirtschaftlichen und militärischen Angelegenheiten dieser Länder ausübt. Dies hat auf seiten Indiens zu krampfhaften, mit britischer Unterstützung unternommenen Versöhnungsversuchen geführt und zu nur mündlichen Protesten gegen den französischen Kolonialismus in Tunis und Indochina sowie zum Weiterbestehen von ausländischen Enklaven auf indischem Boden. Es hat ferner dazu geführt, daß Indien in Angelegenheiten, wo britische Interessen auf dem Spiele stehen, wie in der Deportierung des Königs von Buganda und der Außerkraftsetzung der Verfassung von Britisch-Guayana, darauf verzichtete, sich auch nur mit Nachdruck zu äußern. Die Folge war auch ein allgemeines Nachlassen des indischen und asiatischen Kampfes gegen den Imperialismus in Afrika und in anderen Teilen der Welt. Das einzige Mittel, diese Haltung zu ändern, besteht darin, daß Indien seine nicht ebenbürtige Mitgliedschaft im britischen Commonwealth aufgibt und sich in wirtschaftlicher und strategischer Hinsicht von den Schürzenbändern Großbritanniens freimacht.

Der Parteitag bedauert, daß die indische Regierung es unterlassen hat, gegen den neuen Sowjetimperialismus in den osteuropäischen Staaten, der diese Völker nicht nur ihrer nationalen Unabhängigkeit beraubt hat, sondern auch ihre nationalen Reichtümer für seine eigenen Zwecke ausbeutet, Protest zu erheben. Er ist der Ansicht, daß Indien die Freiheit auch dieser Völker verteidigen muß.

Der Parteitag erklärt sich auch gegen alle Verträge und Vereinbarungen, welche in dem Gebiet zwischen Ägypten und Indonesien zum Kalten Krieg führen könnten, wie auch gegen die Tendenz der Großmächte, Flug-, See- und Landstützpunkte außerhalb ihrer eigenen Grenzen zu errichten, so die amerikanischen Stützpunkte in Korea und Japan, die russische Seebasis in Port Arthur und die britischen Seestützpunkte in Singapore und Colombo. Der Parteitag schließt sich zwar dem offiziellen indischen Protest gegen Verteidigungsabmachungen zwischen Pakistan und den Vereinigten Staaten an, fordert jedoch anderseits einen energischen Protest der indischen Regierung gegen die Anwesenheit britischer Streitkräfte in Suez, Jordanien, Irak, Singapore,

Malaya und Ceylon sowie gegen den Versuch des chinesisch-russischen Blocks, Nordkorea, die Mandschurei, Singkiang und Tibet in starke Luft- und Landstützpunkte zu verwandeln, was eine Bedrohung der Sicherheit Asiens und der ganzen Welt bedeuten würde.

Im Zusammenhang mit seiner Haltung gegenüber ausländischen Landbasen in Asien ist der Parteitag der Meinung, daß Indien Schritte zur Beruhigung seiner Nachbarstaaten unternehmen sollte, bei denen allein schon durch den gebietsmäßigen Umfang unseres Landes leicht Angst und Mißtrauen entstehen können. Diese Schritte könnten durch Anbieten von Nichtangriffspakten und Vereinbarungen auf gegenseitige Hilfe erfolgen.

Der Parteitag weist darauf hin, daß weite Strecken unberührten Landes durch gewisse Nationen monopolisiert werden, und er hofft, es werde den Vereinten Nationen nach ihrer Reorganisation möglich sein, diese Gebiete für die Emigration aus dichtbevölkerten Ländern zu öffnen.

Der Parteitag gibt erneut seinem Glauben Ausdruck an die Gleichheit aller Nationen und Völker, an die internationalen Institutionen und Vereinbarungen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der zurückgebliebenen Völker und an die Errichtung einer Weltregierung auf Grundlage des Erwachsenenwahlrechtes.

Als ersten Schritt auf diesem Wege verlangt der Parteitag die sofortige Aufnahme aller unabhängigen Staaten in die Organisation der Vereinten Nationen, wodurch diese erst den Charakter einer universalen Organisation erhalten würden, ferner eine Revision der UNO-Charter zur Beseitigung ihrer offenkundigen Fehler. Er hofft, daß die Sozialisten der ganzen Welt und im besonderen die in der Sozialistischen Konferenz Asiens organisierten asiatischen Sozialisten diese Ziele mit Entschlossenheit und Energie verfolgen und ihre Regierungen zwingen werden, gleichgerichtete Aktionen für deren Verwirklichung zu unternehmen.

Das Militärabkommen zwischen den USA und Pakistan

Der Parteitag der Sozialistischen Praja-Partei ist tief beunruhigt über das Militärabkommen zwischen den USA und Pakistan und über dessen unvermeidliche Rückwirkungen auf Asien und die indo-pakistanischen Beziehungen.

Er befürchtet, diese Entwicklung werde die Versuche des Aufbaus einer dritten Kraft in Frage stellen und die Staaten Asiens in den Konflikt der Großmächte und schließlich in den Krieg hineinziehen.

Im Laufe unseres langen Freiheitskampfes haben die fremden Mächte dauernd versucht, die Differenzen zwischen Hindus und Moslims für die Verewigung ihrer eigenen Herrschaft auszunützen. Nachdem wir unsere Freiheit erlangt hatten, kam der fremde Einfluß auf die inneren Angelegenheiten Indiens auf diesem Wege nicht mehr zur Auswirkung. Die Großmächte

folgen jedoch in den Fußstapfen Großbritanniens und trachten die indo-pakistanischen Streitigkeiten auszubeuten, um in dem indo-pakistanischen Subkontinent ihre Expansionspolitik durchzusetzen und Stützpunkte zur Durchsetzung ihrer strategischen Ziele zu errichten.

Der Parteitag warnt vor alarmierenden Schlagworten, die von gewissen Stellen ausgegeben werden. Er fordert das Volk dringend auf, die Lehren unserer Freiheitsbewegung in Erinnerung zu behalten, jener Zeit, da wir in dem brennenden Glauben an die Ideale unserer nationalen Einheit und Gemeinschaftsharmonie die Fackel der Freiheit hochhielten und schließlich die Erlösung unseres Landes von der Fremdherrschaft errangen. Nicht durch Haß und Zorn, sondern nur durch äußerste Geduld, Vorsicht und Glauben können wir der Bedrohung Herr werden, welche in der neuen Entwicklung beschlossen liegt.

Der Parteitag hält den Vorschlag, der im Pakt USA—Pakistan enthaltenen Gefahr durch einen ähnlichen Pakt Indiens mit Rußland zu begegnen, für unheilvoll. Es wäre dies keine Maßnahme der Selbstverteidigung, sondern eine Aufforderung zu Krieg und Konflikten; sie würde lediglich den ausländischen Mächten, gegen die ganz Asien so lange Jahre kämpfte, in die Hände spielen.

Der Parteitag appelliert an die Organisationen und an das Volk von Pakistan, sie möchten die Folgen dieses Vorgehens, welche nicht allein für Indien, sondern auch für Pakistan ernste und schädliche sein müßten, ihrer Regierung vor Augen führen. Er appelliert ferner an die demokratische Meinung in den Vereinigten Staaten, sie möge ihre Regierung dahingehend beeinflussen, daß sie nicht einen Weg einschlägt, der in den Staaten Asiens Zwietracht hervorrufen und die Beziehungen zwischen den Völkern Asiens und den Vereinigten Staaten verderben muß.

Er ersucht schließlich die indische Regierung dringend, eine Konferenz asiatischer Regierungen einzuberufen, mit dem Ziel, zu einem Abkommen auf Nichtkriegführung und gegenseitige Hilfeleistung unter den freien Staaten Asiens zu gelangen.

Afrika

Die Sozialistische Praja-Partei sendet ihre Grüße dem Volk von Afrika, welches für die Freiheit kämpft und gegen die Ausbeutung durch den französischen, britischen, portugiesischen und belgischen Imperialismus und gegen Rassenhaßfanatiker vom Schlag eines Dr. Malan.

Der afrikanische Kontinent ist bisher durch den weißen Imperialismus rücksichtslos ausgebeutet worden; es darf aber mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Völker Afrikas heute imstande sind, sich zu organisieren, um den Würgegriff der Weißen abzuschütteln.

Die Geschehnisse in Zentralafrika, in Kenia, Tunis, Algerien, Marokko und Nigeria können uns in unserem tiefsitzenden Haß gegen den Imperialismus nur bestärken.

Zentralafrika wurde von Großbritannien aus eine Föderation aufgezwungen, trotzdem das afrikanische Volk diese allgemein ablehnte; obwohl die Verfassung der Form nach heuchlerisch gleiche Rechte für jedermann anzuerkennen scheint, hat sie dem Inhalt nach die Afrikaner und die nichtweißen Einwohner jeder eigenen Stimme oder Beteiligung an der Regierung beraubt. Auf dem Wege des britischen Parlaments hat sich der Malanismus bis in diese Gebiete ausgedehnt.

In Kenia hat die Unterdrückung und der Raub aller Menschenrechte zu einer heftigen Aufstandsbewegung geführt. Die weiße Herrschaft ist hier derart heftig angegriffen worden, daß die britische Regierung meint, wilde Unterdrückung sei das einzig richtige Mittel. Niemand gibt sich Mühe, ein wirkliches Mittel zu finden, welches einzig darin bestehen könnte, die Rechte des afrikanischen Volkes in seinem eigenen Lande anzuerkennen.

In Buganda offenbart sich die gleiche Einstellung, und das Verlangen nach Freiheit hat dort zur Absetzung des Königs geführt.

In Westafrika scheint eine weniger rückschrittliche Politik befolgt zu werden. An der Goldküste versucht das Volk, unter der tapferen Führung von Nakrumah, die Unterdrückung und die Rückschrittlichkeit von Jahrzehnten wettzumachen. Wir senden dem Volk der Goldküste unsere Grüße und wünschen ihm allen Erfolg.

In Nigeria ist das Bild düsterer. Die Engländer versuchen dort, die Stammesrivalitäten auszunutzen und ihre spärlichen Zugeständnisse zurückzuziehen.

An der Goldküste und in Nigeria befolgt die britische Regierung überdies die traditionelle Politik des «Zu wenig und zu spät».

In Südafrika ist der Malanismus in Raserei geraten und sät die Saat von Rassenunterdrückung und Rassenhaß, was keine anderen als schlimme Folgen haben kann. Durch diese Politik sind alle von der UNO-Charter verkündeten Grundprinzipien null und nichtig geworden, und es ist unmöglich, zu Frieden und internationaler Verständigung zu gelangen.

In Nordafrika verfolgen die Franzosen immer noch eine Politik unbarmherziger, wilder Unterdrückung, die man nur verurteilen kann.

Die Sozialistische Praja-Partei erklärt aufs bestimmteste, daß es die Pflicht der indischen Einwohner von Ostafrika ist, den Bestrebungen des afrikanischen Volkes Hilfe und Anteilnahme entgegenzubringen; wenn sie in diesen Gebieten leben wollen, so können sie das nur tun als Bürger, die keine höheren Rechte haben als das afrikanische Volk. Jeder Versuch, auf Grundlage eines Zusammengehens mit der herrschenden Macht zu höheren Rechten zu gelangen, müßte auf die Länge die schlimmsten Folgen zeitigen.